

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Patrizia Heidegger

„Bangladesch im Überblick“ erscheint in Kooperation mit NETZ e.V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Bangladesch nicht zufrieden mit Klimakonferenz von Kopenhagen

Der ständige Vertreter Bangladeschs bei den Vereinten Nationen, Dr. AK Abdul Momen, sagte, der Ausgang der Klimakonferenz sei nicht frustrierend, aber auch nicht zufriedenstellend gewesen. Bei der 15. UN-Klimakonferenz vom 7. bis 18. Dezember 2009 in Kopenhagen konnten sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen nicht auf ein neues verbindliches Regelwerk für den Klimaschutz nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls 2012 einigen. Die rechtlich nicht bindende Kopenhagener Vereinbarung erwähnt nur das Ziel, die Erderwärmung auf weniger als 2 °C im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Konkrete Zielvorgaben, um die Treibhausgasemissionen zu verringern, wurden nicht beschlossen. „Jetzt müssen wir daran arbeiten, dass wir uns in Mexiko 2010 auf ein internationales Regelwerk einigen,“ sagte Momen in New York. Premierministerin Sheikh Hasina und ihre indischer Kollege Manmohan Singh begrüßten im Januar die Vorgaben, welche während der Konferenz beschlossen worden sind. Beide betonten die Wichtigkeit der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen. Bangladesch gilt – nach den Inselstaaten – als eines der Länder, die vom Klimawandel am meisten betroffen sein werden. Schon jetzt ist Bangladesch vielfältigen Wetterextremen – Überschwemmungen, Springfluten, Zyklonen, Tornados, Kälte-, Hitze- und Dürreperioden – ausgesetzt. Ein Großteil des Landes liegt nur wenige Meter über dem Meeresspiegel. Der Weltklimarat rechnet mit vielen Millionen Klimaflüchtlingen.

Ein Jahr nach der Wahl: Zivilgesellschaft kritisiert Hasina

Im Januar übte die Zivilgesellschaft in Bangladesch Kritik an Premierministerin Sheikh Hasina und ihrer Rede an die Nation. Die Rede sei eine bloße Aufzählung der Erfolge der neuen und Kritik an den vorherigen Regierungen gewesen. Die Premierministerin habe es vermieden, aktuelle Probleme und die Zukunftspläne ihrer Regierung zu benennen. Hasina sagte unter anderem, dass neue Institutionen wie die Anti-Korruptionsbehörde unabhängig arbeiten könnten und dass der Preisanstieg für Nahrungsmittel eingedämmt worden sei. Sultana Kamal, Direktorin der bekannten

Menschenrechtsorganisation Ain O Salish Kendra, erklärte, dass die vermeintliche Unabhängigkeit der Behörde nicht der Realität entspricht. Auch Hafizuddin Khan, Vorsitzender von *Transparency International* in Bangladesch, beklagte sich: „Weder die Kommission für Informationsfreiheit noch die Nationale Menschenrechtsrechtskommission können effektiv arbeiten.“ Trotz der erfreulichen Produktionssteigerung in der Landwirtschaft komme es, so Kamal, außerdem immer wieder zu Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln. Die Tageszeitung *The Daily Star* zitierte den Rikscha-Fahrer Barek aus Dhaka: „Hasina hat in ihrer Rede von einem Reispreis zwischen 20 und 24 Taka [pro Kilo] gesprochen, aber wir finden nirgendwo Reis unter 30 Taka. Das ist nicht zu akzeptieren“.

Nationale Menschenrechtskommission bisher wenig aktiv

Die Nationale Menschenrechtskommission von Bangladesch, die im November 2008 eingerichtet worden ist, kann nach wie vor nicht richtig arbeiten. Diese Kritik äußerte Adilur Rahman Khan, Rechtsanwalt und Geschäftsführer der Menschenrechtsorganisation Odhikar, gegenüber der Tageszeitung *New Age*. Die Kommission bestand im Januar aus nur einem Kommissar, Richter Amirul Kabir Chowdhury. Ein Auswahlkomitee sollte bis Mitte Januar fünf weitere Kommissare benennen. Aufgrund der mangelnden personellen Ausstattung und der Unklarheit, welche Aufgaben und Rechte die Kommission eigentlich hat, konnte bisher keiner der seit Juni 2009 eingereichten 48 Fälle angemessen untersucht werden. Die Erwartungen an die Kommission, besonders aus der Zivilgesellschaft, dass Menschenrechtsverletzungen unabhängig untersucht werden, konnten bisher nicht erfüllt werden.

Der Islam bleibt Staatsreligion in Bangladesch

Premierminister Sheikh Hasina erklärte im Januar auf einem Treffen der Regierungspartei *Awami League* (AL), der Islam bleibe laut Verfassung Staatsreligion. Auch die Worte „Bismillah-Ar-Rahman-Ar-Rahim“ („Im Namen des barmherzigen und gnädigen Gottes“), Eröffnungsformel von 113 Suren im Koran, werden in Zukunft in der Präambel der Verfassung stehen. Beides würde den Glauben der Bevölkerung widerspiegeln, so das Regierungsoberhaupt. Die Verfassung Bangla-

deschs war nach dem Unabhängigkeitskrieg von 1971 der Trennung von Staat und Religion verpflichtet. Die Awami League, tragende Partei der Unabhängigkeitsbewegung, hatte die junge Nation damals als säkularen Staat entworfen, dessen Identität auf der gemeinsamen bengalischen Kultur der Bürger und nicht auf einer Religion beruht. Erst Präsident Hussain Muhammed Ershad änderte die Verfassung und machte den Islam zur Staatsreligion. Rund zehn Prozent der Bevölkerung Bangladesch sind keine Muslime. Die größte religiöse Minderheit bilden die Anhänger des Hinduismus. Auch säkular denkende Muslime würden Ershads Verfassungsänderung gerne rückgängig machen.

Angriff auf Sanjeeb Drong

Sanjeeb Drong, ein bekannter Menschenrechtsverteidiger der indigenen Bevölkerung und Leiter des *Bangladesh Indigenous Peoples Forum*, ist Ende Januar im Distrikt Netrokona im Beisein seiner Frau auf offener Straße angegriffen worden. Rund zehn unbekannte Angreifer traktierten ihn mit Stockschlägen, wobei Drong schwere Verletzungen an Händen und Armen erlitt. Er konnte kurz nach dem Angriff entkommen. Der Bischof von Mymensingh, der sich auf Grund einer Feierlichkeit in der Nähe befand, bot ihm Hilfe an, so dass Schlimmeres verhindert werden konnte. Hintergrund des Angriffs könnte ein Landkonflikt sein: Ein Parlamentsabgeordneter, der ebenfalls der indigenen Bevölkerung angehört, soll Land verkauft haben, das die Regierung eigentlich dem Schutz der Kultur der Garo, einer bedrohten indigenen Gruppe, zugeordnet hatte. Sanjeeb, der auch als Journalist tätig ist, hat gegen die Aktivitäten des Abgeordneten protestiert. Weltweit haben Organisationen wie die *Chittagong Hill Tracts Commission* oder die Gesellschaft für bedrohte Völker den Angriff verurteilt. Sanjeeb Drong wurde im Krankenhaus von Mymensingh behandelt und konnten dann in sein Haus in Dhaka zurückkehren. Die Polizei hat einen Angreifer verhaftet.

Bewegung in der NGO-Landschaft

Über 20 000 NGOs (Nichtregierungsorganisationen), die seit mehreren Jahren nicht mehr aktiv sind, sollen ihre Registrierung verlieren. Viele dieser NGOs haben seit Jahren zum Beispiel keine Jahres- oder Finanzberichte vorgelegt. In Bangladesch wird zurzeit auch über ein neues Gesetz für die Nichtregierungsorganisationen diskutiert, dass die Registrierung vereinheitlichen soll. Laut dem indischen Nachrichtenanbieter Zeenews gibt es in Bangladesch rund 2 500 NGOs, die beim *NGO Affairs Bureau* registriert sind, 55 000 beim *Department for Social Welfare*, 152 000 beim *Department for Cooperatives*, 10 000 beim *Office of Registrar, Joint Stock Companies and Firms*, rund 500 bei der zuständigen Behörde für Mikokredite, mehr als 16 000 beim *Department of Women and Children Affairs* sowie rund 100 000 beim *Department of Youth Development*. Das neue Gesetz soll der Regierung eine verbesserte Kontrolle über die zahllosen NGOs ermöglichen. Die Dachverbände der NGOs erkennen einerseits an, dass es auch in der Zivilgesellschaft zu Mittelmissbrauch kommt, und dass dieser bekämpft werden muss. Gleichzeitig fürchten sie sich vor neuen staatlichen Repressionen. In diesem Zusammenhang hat der Vorsitzende und Gründer des *Bangladesh Rural Advancement Committee* (BRAC), eine der größten nicht-staatlichen Entwicklungshilfeorganisationen weltweit, für eine Fusion der beiden Dachverbände der NGOs in Bangladesch, *Association of Development Agencies in Bangladesh* (ADAB) und *Federation of NGOs in Bangladesh* (FNB), plädiert. Die Nichtregierungsorganisationen müssten, so Fazle Hasan Abed, mit einer Stimme sprechen, um entscheidend zur Entwicklung des Landes beitragen zu können. Die Teilung des NGO-Dachverbandes geht auf das Jahr 2003 zurück. Dem ADAB wurden enge politische Beziehungen zur *Awami League* vorgehalten. Der FNB wurde Anfang 2003 als NGO-Dachverband mit Nähe zur *Bangladesh Nationalist Party* (BNP) gegründet, was die Spaltung der Nichtregierungsorganisationen vertiefte.

Buchmesse *Boi Mela* eröffnet

Am 1. Februar eröffnete Premierministerin Sheikh Hasina Ekushe *Boi Mela*, die größte Buchmesse Bangladeschs. Viele Autoren publizieren ihre Werke zum Anlass der Messe. Auch in diesem Jahr sind ein Großteil der Neuerscheinungen wieder Lyrikbände, die in der bengalischen Literatur traditionell eine große Rolle spielen. *Boi Mela* findet jedes Jahr auf dem Gelände der *Bangla Academy* der Universität von Dhaka statt und zieht riesige Menschenmassen an. Die Messe erinnert an die Aktivisten des *language movement*, der Protestbewegung für die bengalische Muttersprache unter pakistanischer Herrschaft. Sie ist vor allem den Märtyrern der Sprachbewegung, die 1952 getötet worden sind, gewidmet. Die einen ganzen Monat dauernde Messe gehört mittlerweile fest zum kulturellen Jahr des Landes. Höhepunkt ist der 21. Februar (*Ekushe*), nach dem die Messe benannt ist: An diesem Tag feiert die ganze Welt den von der UNESCO ausgerufenen Internationalen Tag der Muttersprache, der auf den Kampf der Ostbengalen für ihre Sprache zurückgeht. Die Messe wird auch von Gästen aus den ländlichen Regionen Bangladeschs sowie aus dem indischen Westbengalen gerne besucht.

Tourismus gefährdet Kultur der indigenen Bevölkerung

Die Regierung von Bangladesch hat im Dezember verlautbaren lassen, dass sie den Tourismus in den Chittagong Hill Tracts (CHT) im Südosten des Landes ausbauen möchte. Die *Chittagong Hill Tracts Commission*, ein international besetztes Gremium, das die Umsetzung des Friedensabkommens überwacht, kritisiert das Vorhaben, da die Vertreter der indigenen Bevölkerung des Landstrichs nicht an den Planungen beteiligt worden sind. Die Kommission wandte sich mit einem Brief an die Premierministerin. Teil der touristischen Entwicklung der Gegend soll unter anderem eine Straße entlang des Kaptai Lake sowie der Bau von Ferienanlagen sein. Die verschiedenen indigenen Gruppen, die sich selbst als Jumma bezeichnen, befürchten, dass die Tourismusförderung missbraucht wird, um Landenteignungen vorzunehmen. Außerdem würden die Vorhaben weitere ökologische Schäden nach sich ziehen. Bis nach dem Ende der Kolonialzeit lebten in den CHT fast ausschließlich die Jumma, deren Kultur, Religion, Sprache und Ethnizität sie von den Bengalen im Flachland unterscheidet. Während der pakistanischen Herrschaft über Ostbengalen wurde der Stausee Kaptai Lake gebaut, der das fruchtbarste Ackerland vor allem der Chakma zerstörte und viele Menschen in Flucht getrieben hat. Als Reaktion über die Besiedlung der Hügel mit Bengalen regte sich unter den Jumma Widerstand. Der bewaffnete Konflikt wurde mit dem Friedensvertrag von 1997 beendet, die Landnahme durch Siedler und die Bedrohung der Jumma-Kultur sorgen aber nach wie vor zu Spannungen.

Regierung diskutiert Entwicklungsstrategien

Beim Treffen des *Bangladesh Development Forum* (BDF), einem Konsortium von Geberinstitutionen, hat die Regierung von Bangladesch der internationalen Gemeinschaft ihre Entwicklungsstrategien vorgestellt. Die Vertreter der internationalen Gemeinschaft kritisierten die nur schleppenden Maßnahmen gegen Korruption. Seit Jahren zählt Bangladesch zu den korruptesten Staaten weltweit. Zudem würden viele Entwicklungsprojekte nur mangelhaft umgesetzt. Bangladesch solle die lokalen politischen Ebenen stärken und den öffentlichen Dienst reformieren. Darüber hinaus rieten die Vertreter der internationalen Gemeinschaft, vor allem von der Weltbank und den Vereinten Nationen, dass in Bangladesch mehr in den Energiesektor investiert werden muss. Wirtschaftswachstum könne Bangladesch besonders durch eine vertiefte regionale Integration erreichen. Die Regierung von Bangladesch

plant eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten Indien, Nepal und Bhutan.

Bangladesch lehnt 60 Millionen Pfund ab

Die Regierung von Bangladesch weigerte sich im Februar, 60 Millionen Pfund von der britischen Entwicklungsagentur DfiD anzunehmen. Das Geld kommt aus dem *Multi Donor Trust Fund for Climate Change* (MDTF) und soll genutzt werden, Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel durchzuführen. Grund für die Ablehnung ist die Tatsache, dass die Weltbank den Fund verwalten soll. Die Weltbank soll dem Management des Fonds vorsitzen und die Umsetzung der Projekte überprüfen. Für diese Aufgabe wolle die Weltbank rund acht Millionen US-Dollar berechnen, schreiben die Journalisten MD Shamsuddoha und Rezaul Karim Chowdhury. Die Tageszeitung *New Age* schrieb, dass zehn bis 15 Prozent der Gelder aus dem Fonds letztlich als Verwaltungsgebühren an die Weltbank abgeführt werden müssen. Die Regierung Bangladeschs fordert, dass das Geld über die Vereinten Nationen nach Bangladesch fließt. Zudem wird kritisiert, dass die 60 Millionen Pfund nicht gesondert für die Bekämpfung des Klimawandels in Bangladesch bereit gestellt werden, sondern innerhalb des Budgets des britischen Department for International Development (DfiD) umgeschichtet werden und für andere Entwicklungsvorhaben nicht mehr zur Verfügung steht.



NETZ berichtet ausschließlich über Bangladesch. Vierteljährlich. Jede Ausgabe widmet sich fundiert und engagiert einem Schwerpunktthema. Internationale Experten und Betroffene kommen zu Wort. Zudem informiert NETZ über Entwicklungsarbeit in dem Land, den Einsatz für Menschenrechte und über aktuelle politische Hintergründe. NETZ enthält regelmäßig literarische Übersetzungen aus dem Bengalischen.

Kostenloses Probe-Heft anfordern:

NETZ
Moritz-Hensoldt-Str. 20
35576 Wetzlar
zeitschrift@bangladesch.org